

AKTUELLE THEMEN UND NACHRICHTEN AUS DEM
EUROPÄISCHEN PARLAMENT



Petra Kammerevert, MdEP

NEWSLETTER



© European Union

NEU! Infobrief der Europaabgeordneten Petra Kammerevert | **AUSGABE:** März 2024

Europa neu denken.



INHALT

FORTSCHRITT IM KAMPF GEGEN ILLEGALE FEUERWAFFEN



© Roman Poberezhnik / unsplash.com

4

HISTORISCHER DURCHBRUCH FÜR 30 MILLIONEN BESCHÄFTIGTE



© eggbank / unsplash.com

5

AKTUELLE THEMEN UND NACHRICHTEN

6

“Schutz von Mensch und Natur“

EU-Parlament beschließt Maßnahmen zur Reduzierung von Industrie-Emissionen

6

“Umweltversprechen unter der Lupe“

EU-Parlament ergreift Maßnahmen gegen Greenwashing

7

“Weltweit der erste, umfassende Rechtsrahmen“

EU-Parlament verabschiedet Rechtsrahmen für Künstliche Intelligenz

8

“Die digitale Brieftasche kann kommen“

Parlament beschließt Rahmenbedingungen für digitale Identitätsnachweise

8

“Folgen der Klimakrise können Europa spalten“

EU-Umweltagentur hat Klimarisiko-Bericht veröffentlicht

9

Klartext für Europa - Soziale Politik mit Euch

Veranstaltung der SPD-Europaabgeordneten am 13. April in Berlin

9

Infos der S&D-Fraktion rund um die Europawahl

Themen, Erfolge und Materialien vor dem 9. Juni

9

Ostereiersuche für Kinder

Veranstaltung des SPD-Ortsvereins Mitte-Nord und der Europaabgeordnete Petra Kammerevert

VORWORT



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

meine vorletzte Plenarwoche als Mitglied des Europäischen Parlaments ist nun zu Ende gegangen und auf der Tagesordnung stand unter anderem das Medienfreiheitsgesetz (European Media Freedom Act; EMFA), an dessen Verhandlungen ich als Vertreterin der Sozialdemokraten beteiligt war. Glauben Sie mir, ich habe viel Herzblut in diese Verhandlungen gesteckt und deshalb kann ich auch meine persönliche Enttäuschung über den finalen Gesetzestext nicht verbergen.

Leider ist es uns nicht gelungen, den großen Wurf zu erreichen, den ich und viele andere sich erhofft hatten. Dies lag an den konservativen, liberalen und auch grünen parlamentarischen Verhandlungsteams, die mehr Wert auf eine schnelle Einigung als auf ein wirksames Gesetz gelegt haben. Die Erwartungen, die ein europäisches Gesetz zum Schutz der Medienfreiheit und Medienvielfalt erfüllen müsste, werden mit diesem Text leider nicht erfüllt.

Dennoch wird das Medienfreiheitsgesetz mehr Transparenz über Medieneigentum schaffen, unter anderem durch entsprechende offene Datenbanken. Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, wem beispielsweise eine Zeitung gehört, die sie lesen, und welche anderen wirtschaftlichen Interessen deren Eigentümer möglicherweise verfolgen. Außerdem führt die Verordnung die Pflicht ein, dass Regierungen, Behörden und staatliche Unternehmen ihre Werbung auf Online-Plattformen und anderen Medien transparent ausweisen müssen.

Höchst problematisch ist jedoch, dass sich die EU-

Staaten mit ihren Positionen in zentralen Punkten gegen das Parlament durchsetzen konnten. Insbesondere die liberale französische Regierung unter Emmanuel Macron hat mehr Schutz von Journalistinnen und Journalisten gegen Spyware aber auch Inhaftierung blockiert. Der Schutz von Journalistinnen und Journalisten, ihrer Quellen und ihrer Arbeit vor Überwachung durch Regierungen ist grundsätzlich unzureichend und bietet zu viele Schlupflöcher.

Die Regelungen zur Finanzierung öffentlich-rechtlicher Medien werden nicht für ausreichende Unabhängigkeit sorgen, da das neue Medienaufsichtsgremium auf europäischer Ebene in der EU-Kommission angesiedelt sein wird und das Personal von dieser Behörde ausgewählt und gestellt wird. Dies steht im Widerspruch zu den Prinzipien der Staatsferne und Unabhängigkeit, wie sie von nationalen Medienaufsichtsstellen gefordert werden.

Des Weiteren bleibt es besorgniserregend, dass Online-Plattformen, insbesondere aus den USA oder China, weiterhin nach eigenen Regeln darüber entscheiden können, welche professionell erstellten Medieninhalte europäische Bürgerinnen und Bürger sehen dürfen oder nicht.

Aufgrund dieser Mängel konnte ich mich am Ende nur zu einer Enthaltung durchringen.

Ihre

Petra Vannuccini



„FORTSCHRITT IM KAMPF GEGEN ILLEGALE FEUERWAFFEN“ EU-Staaten einigen sich auf besseren Schutz von Plattform-Arbeiterinnen und -Arbeitern

Am 14. März haben sich die Verhandlungsteams von Parlament, Kommission und Rat auf schärfere Regeln für den Import und Export von Gewehren, Pistolen, deren Bestandteile und Munition für den zivilen Gebrauch geeinigt. Damit möchte die EU entschieden gegen den illegalen Handel mit Schusswaffen vorgehen. Laut Schätzungen der EU-Kommission sind mehr als die Hälfte der im zivilen Bereich genutzten Feuerwaffen in Europa illegal im Umlauf.

Aktuell befinden sich mehr als 35 Millionen illegale Waffen in Europa. Nicht registrierte Feuerwaffen könnten im schlimmsten Fall beispielsweise für Massenschießereien verwendet werden. Zudem stellen diese illegalen Waffen eine wichtige Einnahmequelle für die organisierte Kriminalität dar. Es steht außer Frage, dass gehandelt werden muss – die Frage ist vielmehr, wann endlich gehandelt wird.

Die neuen Bestimmungen sind daher ein bedeutender Fortschritt im Kampf gegen den illegalen Handel mit

Feuerwaffen. Wir erhalten nun nicht nur erstmals harmonisierte Regeln für den Import, sondern dank des Einsatzes des Europäischen Parlaments ist es auch gelungen, strenge Regeln für den Export beizubehalten. Der Rat versuchte zunächst, diese Regeln zu verwässern, sodass viele Feuerwaffen nicht mehr erfasst worden wären und somit dem Kontrollraster entgangen wären. So hätte beispielsweise kein digitales Rückverfolgungssystem für diese Feuerwaffen und keine Überprüfung durch den Zoll existiert. Nun sind stattdessen wieder alle Feuerwaffen für den zivilen Gebrauch erfasst. Und das ist richtig so, denn der Wert der exportierten Waren ist etwa dreimal so hoch wie der Wert der importierten Waren.

Es ist entscheidend, dass harmonisierte Vorschriften für die Einfuhr von Feuerwaffen nicht auf Kosten einer Schwächung der Ausfuhrseite gehen. Wir müssen sicherstellen, dass die Ausfuhren ebenfalls strengen Kontrollen unterliegen. Dies schließt das Verhindern von Umgehungstaktiken in Ländern

mit laxen Vorschriften ein und stärkt die Rückverfolgbarkeit. Vor allem in lateinamerikanischen Ländern wurden viele illegale Aktivitäten und Schießereien mit aus Europa eingeschmuggelten Schusswaffen verübt. Es ist nicht nur unsere Pflicht, Europa zu einem sichereren Ort zu machen, sondern auch den Rest der Welt.

Das Europäische Parlament konnte auch einen bedeutenden Erfolg in Bezug auf Transparenz erzielen. Ursprünglich planten die Mitgliedstaaten, Daten zum Import und Export von Feuerwaffen ausschließlich untereinander auszutauschen. Nun sind sie jedoch verpflichtet, detailliert Rechenschaft in einem öffentlich zugänglichen Jahresbericht abzulegen. Für uns war dies eine zentrale Forderung.

Warum sollten die Zahlen zu Importen und Exporten eigentlich geheim gehalten werden? Die Karten müssen auf den Tisch! Jeder sollte das Recht haben, zu erfahren, was in Europa im Zusammenhang mit Schusswaffen für zivilen Gebrauch geschieht.

Wir haben dies bereits mit der aktuellen Dual-Use-Verordnung gemacht, die ebenfalls sensible Güter betrifft. Zudem geben die Berichte Auskunft über die Kontrollen. Diese öffentlichen jährlichen Berichte werden nicht nur detaillierte Zahlen auf Länderebene zu den Import- und Exportvolumina von Feuerwaffen enthalten, sondern auch Informationen

zu Genehmigungen und Verweigerungen sowie deren Gründe. Damit erhält die Europäische Kommission wichtige Daten für die zukünftige Gestaltung von Regeln, und wir können die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung genau beobachten und in die Verantwortung nehmen.

Sowohl das Europäische Parlament als

auch der Rat müssen nun endgültig grünes Licht für die vorläufige Einigung geben. Das Europäische Parlament wird voraussichtlich auf der Plenarsitzung im April darüber entscheiden.



© eggbank / unsplash.com

“HISTORISCHER DURCHBRUCH FÜR 30 MILLIONEN BESCHÄFTIGTE”

EU-Staaten einigen sich auf besseren Schutz von Plattform-Arbeiterinnen und -Arbeitern

Am 11. März haben sich die EU-Staaten nach wiederholter Blockade auf eine Richtlinie für bessere Arbeitsbedingungen in der Plattform-Arbeit verständigt. Die Richtlinie zielt darauf ab, der grassierenden Scheinselbstständigkeit in der Branche einen Riegel vorzuschieben und den Beschäftigten die Mittel an die Hand zu geben, ihre Rechte durchzusetzen.

Digitale Plattformen bilden in der EU laut Kommission eine 14 Milliarden Euro schwere Branche. Parlament und Rat hatten sich im Februar zunächst vorläufig geeinigt. Der erste Versuch einer Einigung war im Dezember an der fehlenden Zustimmung des Rats gescheitert.

Von dieser Entscheidung geht ein wichtiges Signal aus: Die EU liefert und macht den Weg frei für den ersten Rechtsakt zum besseren Schutz von Plattform-Arbeiterinnen und -Arbeitern, trotz des Drucks der Lobbys von Uber,

Bolt und Co. Viele Unternehmen haben in den vergangenen Jahren Rekordumsätze auf dem Rücken der Plattform-Arbeiterinnen und -Arbeiter erwirtschaftet, die häufig als Scheinselbstständige ohne soziale Absicherung für sie arbeiten. Die neuen Regeln sollen Millionen Beschäftigten bessere Arbeitsbedingungen, Löhne und soziale Absicherung sichern.

Nach der neuen EU-Richtlinie sollen Unternehmen künftig nachvollziehbar darlegen, ob Beschäftigte als selbstständig oder angestellt einzustufen sind. Dies soll die Scheinselbstständigkeit beenden und den Betroffenen erleichtern, sich gegen Unrecht zu wehren.

Die Änderungen sollen den Betroffenen unter anderem Zugang zu grundlegenden Arbeitnehmerrechten wie Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung verschaffen.

Es ist unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker, Rechtssicherheit für sie zu schaffen. Unsere Gesetze dürfen nicht den Veränderungen in der Arbeitswelt hinterherhinken. Mit diesen Vereinbarungen schreiben wir Geschichte für ein soziales Europa!

Laut einer Prognose des Rates soll die Zahl der Plattform-Beschäftigten von 28 Millionen im Jahr 2022 auf 43 Millionen im Jahr 2025 steigen. Nach der Zustimmung des Rats muss das Plenum des EU-Parlaments noch final über die Richtlinie abstimmen, bevor sie innerhalb von 24 Monaten in allen EU-Staaten umgesetzt werden muss.



© Jason Blackeye / unsplash.com

“SCHUTZ VON MENSCH UND NATUR“

EU-Parlament beschließt Maßnahmen zur Reduzierung von Industrie-Emissionen

Am 12. März hat das Europäische Parlament in Straßburg für eine wegweisende Verordnung gestimmt, die darauf abzielt, Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung durch große Industrieanlagen und landwirtschaftliche Betriebe zu bekämpfen. Diese Maßnahme, von der EU-Kommission vorgeschlagen, betrifft besonders Bereiche wie die Herstellung von Stahl, Chemikalien sowie größere Schweine- und Hähnchenställe.

Bisher konnten große Industriekonzerne in vielen Mitgliedsstaaten auf wenig ambitionierte Grenzwerte und mangelnde Kontrollen bauen, während die Bevölkerung gesundheitsschädlichen Emissionen in ihrer Umgebung ausgesetzt war. Die

Anwendung der bestehenden Richtlinie war innerhalb der EU-Staaten inkonsistent, was zu unfairen Wettbewerbsbedingungen und gesundheitlichen Risiken für die Bürger führte.

Mit der neuen Verordnung werden nun einheitliche Bestimmungen zur Einhaltung von Grenzwerten durch nationale Behörden eingeführt. Gleichzeitig werden die Regelungen für die Landwirtschaft vereinfacht, wobei Rinderbetriebe außerhalb des Anwendungsbereichs bleiben und höhere Freigrenzen für Schweine- und Hähnchenställe gelten. Kleine Betriebe bleiben größtenteils von den Auflagen verschont.

Die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen und die damit verbundene Planungssicherheit für Unternehmen haben breite Unterstützung gefunden, sowohl von Verbänden der chemischen Industrie als auch von Wasserversorgern, die sich um die Qualität des Grundwassers sorgen. Trotz einiger Versuche, die Vorschriften zu verwässern, wurde ein ausgewogener Kompromiss erzielt.

Die finale Entscheidung über die Richtlinie liegt nun bei den EU-Staaten, die nach Zustimmung weitere 24 Monate Zeit haben, um die Vereinbarungen umzusetzen. Je nach Sektor kann eine Übergangsfrist von bis zu zwölf Jahren gewährt werden.



© Brian Yurasits / pixabay.com

“UMWELTVERSPRECHEN UNTER DER LUPE“

EU-Parlament ergreift Maßnahmen gegen Greenwashing

Am 12. März stimmte eine Mehrheit der Europaabgeordneten für die Green Claims-Richtlinie, die klare Regeln gegen Greenwashing einführen soll. Laut einer EU-Studie sind über die Hälfte

der bisherigen Umweltbehauptungen von Unternehmen irreführend. Um dieser Täuschung entgegenzuwirken, hatte die EU-Kommission Maßnahmen gegen Greenwashing vorgeschlagen.

Es ist unklar, wer durch solche Taktiken mehr Schaden erleidet: Verbraucherinnen und Verbraucher oder die Umwelt. Um beide zu schützen, sind effektive Maßnahmen dringend

erforderlich, um zu verhindern, dass Produkte mit irreführenden Umweltversprechen in Umlauf kommen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben erfolgreich dafür gekämpft, dass Unternehmen verpflichtet werden, Aussagen über die Nachhaltigkeit ihrer Produkte von unabhängigen Prüfern verifizieren zu lassen. Außerdem wurden klarere Regeln für die Werbung mit Emissionsausgleich und toxischen Inhaltsstoffen auf dem Weg gebracht.

Diese Richtlinie soll Verbraucherinnen und Verbraucher vor Greenwashing schützen und den europäischen Verbraucherschutz stärken.

Die Blockadehaltung der Konservativen zeigt, dass Umwelt- und Verbraucherschutz für sie weniger wichtig sind als die Interessen von Unternehmen, die bisher vom Greenwashing profitiert haben. Es reicht nicht aus, nur Behauptungen aufzustellen. Um einen echten Beitrag zum Klima- und Naturschutz

zu leisten, müssen Unternehmen zur Verantwortung gezogen werden. Damit wird sichergestellt, dass Verbraucherinnen und Verbraucher nicht mehr hinters Licht geführt werden.

Die Trilog-Verhandlungen über die Richtlinie mit Vertreterinnen und Vertretern des Parlaments, der Kommission und des Rates werden voraussichtlich im neuen Mandat nach der Europawahl stattfinden.



“WELTWEIT DER ERSTE, UMFASSENDE RECHTSRAHMEN“ EU-Parlament verabschiedet Rechtsrahmen für Künstliche Intelligenz

Am 13. März hat das Plenum des EU-Parlaments das Trilogergebnis des Europäischen KI-Gesetzes bestätigt. Dies markiert einen bedeutenden Schritt in Richtung eines umfassenden Regelwerks für den menschenzentrierten Umgang mit künstlicher Intelligenz. Als sozialdemokratische Fraktion haben wir für einen Rechtebasierten Ansatz gekämpft, der den Schutz grundlegender Rechte gewährleistet. Durch die Einführung von Grundrechtsfolgenabschätzungen für KI-Systeme werden zudem Diskriminierungsrisiken minimiert.

Dennoch bleibt ein bitterer Beigeschmack, da die strikte Regulierung der Echtzeitbiometrie aufgrund der Positionierung mehrerer Mitgliedstaaten nicht durchsetzbar

war. Das Verhandlungsergebnis enthält eine weit gefasste Ausnahme für nationale Sicherheit und bleibt hinter unseren Erwartungen zum Thema Echtzeitbiometrie zurück. Immerhin müssen alle vom Europäischen Parlament ausgehandelten Schutzvorkehrungen eingehalten werden, wenn ein Mitgliedstaat Biometrie einsetzen möchte. Die unabhängigen Datenschutzbehörden werden die Einhaltung dieser Regeln genau überwachen.

Durch die Implementierung eines umfassenden Schutzes für Beschäftigte und Verbraucherinnen und Verbraucher sowie einer breiten Definition hochriskanter Anwendungen und passgenauer Verbote kann der Gesetzgeber die europäische

Wettbewerbsfähigkeit entscheidend stärken. Diese Abstimmung markiert einen bedeutenden Meilenstein in der Regulierung der Risiken, die KI für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch für Verbraucherinnen und Verbraucher mit sich bringt und ebnet den Weg für einen verantwortungsvollen Einsatz mit minimierten Risiken. Der weltweit erste umfassende Rechtsrahmen spielt somit eine entscheidende Rolle in der Gestaltung der digitalen Zukunft Europas.

Nach Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union tritt das Gesetz nach zwanzig Tagen in Kraft. Die vollständige Anwendung kann jedoch bis zu zwei Jahre dauern.

“DIE DIGITALE BRIEFTASCHE KANN KOMMEN“

Parlament beschließt Rahmenbedingungen für digitale Identitätsnachweise

Das Europäische Parlament hat am 29. Februar dafür gestimmt, dass EU-Bürgerinnen und Bürger künftig digitale Brieftaschen zur Verfügung stehen werden, in denen die jeweilige nationale digitale Identität sowie Ausweise wie zum Beispiel der Führerschein hinterlegt sein können. Diese Brieftaschen können von Behörden oder privaten Einrichtungen bereitgestellt werden, sofern diese von einem EU-Mitgliedstaat anerkannt sind.

Im Hinblick auf die Nutzung der digitalen Brieftasche haben wir das Prinzip der Freiwilligkeit erhalten. Das heißt, wer diese neuen digitalen Möglichkeiten nicht nutzen möchte, wird auch nicht dazu gezwungen sein. Mit der beschlossenen Verordnung wird Europa digitaler. Wir haben

die Rahmenbedingungen für eine europäische digitale Identifizierung (EUid) festgelegt, die allen Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen in der EU zur Verfügung stehen soll. Bürgerinnen und Bürger in Europa werden die Möglichkeit bekommen, einen digitalen Geldbeutel zu nutzen, der zukünftig alle Dokumente - Führerschein, Personalausweis, Krankenkarte etc. - an einem Ort beherbergen kann.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament haben uns besonders dafür eingesetzt, dass dabei Cybersicherheit und Vertrauenswürdigkeit sowie die Prinzipien der Datenschutzgrundverordnung gerade im Hinblick auf die Zertifikate berücksichtigt werden. Darüber hinaus haben

wir einen besonderen Fokus auf den Schutz der Privatsphäre und sowie die verantwortungsvolle technische Umsetzung gelegt.

Hintergrund der Entscheidung ist die voranschreitende technische Entwicklung im Bereich digitale Identifizierung, die eine Überarbeitung der bestehenden Verordnung über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt (eIDAS-Verordnung) erfordert hatte.

Die Verordnung muss noch von den Mitgliedstaaten beschlossen werden und wird am 20. Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft treten.



“FOLGEN DER KLIMAKRISE KÖNNEN EUROPA SPALTEN“

EU-Umweltagentur hast Klimarisiko-Bericht veröffentlicht

Die Europäische Umweltagentur hat am 11. März ihren Bericht über die Klimarisiken für die EU veröffentlicht. Die Folgen des Klimawandels bergen das Potenzial, Europa zu spalten. Konflikte über die Verteilung von Wasser, Energie oder Lebensmitteln innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten der EU könnten bald zur Normalität werden. Wenn Wasser in Gemeinden bis in den hohen Norden Europas rationiert werden muss oder Bauern aufgrund von Ernteausfällen protestieren, ist der innere Frieden der EU ernsthaft gefährdet. Die Bauernproteste in diesem Winter waren nur ein Vorgeschmack auf das, was uns bevorstehen könnte. Die EU und ihre Mitgliedstaaten

müssen jetzt handeln, sonst wird die Klimakrise zur Katastrophe für unseren Kontinent. Neben der Reduzierung von Treibhausgasemissionen muss die Anpassung an den Klimawandel endlich ernst genommen werden. Faktoren wie Alter, Geschlecht, Einkommen oder Gesundheitszustand können Menschen besonders anfällig für die negativen Auswirkungen des Klimawandels machen. Gleiches gilt für gut gemeinte, aber schlecht umgesetzte Anpassungsmaßnahmen. Deshalb müssen besonders gefährdete Personen im Mittelpunkt aller Anpassungsstrategien stehen.

Viele der erforderlichen Maßnahmen

werden nicht einfach sein und zu gesellschaftlichen Konflikten führen. Die Politik muss einen faktenbasierten und verantwortungsvollen Umgang mit diesen Herausforderungen finden, um die Gesellschaft nicht weiter zu spalten. Konservative Kräfte neigen dazu, Konfliktpotenziale auszunutzen und Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen, anstatt echten Lösungen zu arbeiten, wie die Debatten über die EU-Verordnung zur Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme gezeigt haben. Dabei ist dieses EU-Gesetz so dringend notwendig, um die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft in der EU zukunftsfähig zu machen.



Bericht über die Klimarisiken für die EU

<https://www.eea.europa.eu/publications/european-climate-risk-assessment>

KLARTEXT FÜR EUROPA - SOZIALE POLITIK MIT EUCH

Veranstaltung der SPD-Europaabgeordneten am 13. April in Berlin

Eine starke, demokratische Europäische Union ist die Basis für Sicherheit, Frieden und Wohlstand für die Menschen auf unserem Kontinent. Doch Rechtsnationale wollen unsere europäische Demokratie abbauen und gefährden soziale Rechte, Klimaschutz und Vielfalt. Wie können wir gemeinsam die Europäische Union stärken und besser machen? Darüber wollen wir sprechen: Mit der Vizepräsidentin des EU-Parlaments, Katarina Barley, der

Content Creatorin Nina Poppel, der Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbunds, Isabelle Schömann und Euch!

KLARTEXT FÜR EUROPA: SOZIALE POLITIK MIT EUCH

**13. April 2024 • 14:00 Uhr – 18:00 Uhr
Mit anschließendem Get-together**

Die EU hat in den vergangenen fünf Jahren beispiellosen Krisen die Stirn geboten:

der Corona-Pandemie, der damit verbundenen Wirtschaftskrise, dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und den damit verbundenen Folgen. Wir wollen von Euch wissen: Welches Thema hat Euch am meisten bewegt? Wähle unter fünf Themenvorschlägen aus und werde Teil einer thematischen Session mit den SPD-Europaabgeordneten und spannenden Gästen!



Mehr Informationen sowie das Programm:

<https://www.spd-europa.de/nachrichten/klartext-fuer-europa-soziale-politik-mit-euch>

INFOS DER S&D-FRAKTION RUND UM DIE EUROPAWAHL

Themen, Erfolge und Materialien vor dem 9. Juni

Die S&D-Fraktion hat während der Legislaturperiode 2019-2024 entschlossen daran gearbeitet, das Leben der Menschen in Europa zu verbessern. In dieser Zeit wurden einzigartige Herausforderungen bewältigt, darunter die COVID-19-Pandemie, der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine

sowie wirtschaftliche Turbulenzen. Die Fraktion konnte bedeutende Fortschritte in verschiedenen Bereichen erzielen, darunter Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Erholung. Trotz der Schwierigkeiten setzt die S&D-Fraktion ihren Einsatz für eine gerechtere und nachhaltigere

Zukunft fort.

In weniger als 90 Tagen wählt Europa! Auf der Info-Website unserer Fraktion S&D finden sich Informationen zum Wahltag je nach Land, die Erfolge der zu Ende gehenden Legislatur, Videos und vieles mehr. Ein Besuch lohnt sich!



Besuchen Sie die Internetseite der S&D-Fraktion:

<https://www.socialistsanddemocrats.eu>

Tätigkeitsbericht der S&D-Fraktion 2019-2024 (DE):

https://www.socialistsanddemocrats.eu/sites/default/files/2024-03/sd_group_activity_report_2019-2024-de_240229.pdf



OSTEREIERSUCHE FÜR KINDER

Auch in diesem Jahr laden der SPD-Ortsverein Mitte-Nord und die Europaabgeordnete Petra Kammerevert am 30. März um 14:00 Uhr auf dem Frankenplatz in Düsseldorf zum Ostereiersuchen ein.

In diesem Jahr ist ein sportliches Ostern angesagt: Sackhüpfen und Eierlaufen stehen auf dem Programm. Eingeladen sind alle Schul- und Kindergartenkinder und ihre Eltern, Geschwister sowie alle Verwandten und

Bekanntes. Der Osterhase bringt wieder viele bunte Ostereier, Naschereien und kleine Überraschungen mit. Über großen Zuspruch der kleinen und großen Gäste freuen wir uns sehr.

Impressum

Petra Kammerevert MdEP
Herausgeberin

Lukas Paslawski
Readaktion und Layout

European Union, pixabay.com, unsplash.com
Fotos

Ihr direkter Kontakt zu Petra Kammerevert
Werdener Str. 4, D-40227 Düsseldorf
Tel.: +49 (0)211 - 59807537 Fax: +49 (0)211 - 59807536
info@petra-kammerevert.eu www.petra-kammerevert.eu

Folgen Sie Petra Kammerevert
www.facebook.de/petrakammerevert

Europa neu denken.

SPD